

REPUBLIKANISCHE VOLKSUNION

Zusammenführung des Volkes um die Demokratie wiederherstellen

GRÜNDUNGSCHARTA

**Genehmigt in der Gründungskongress der
Republikanische Volksunion, am 25. März 2007 geprüft.**

Deutsch

Droits réservés — Alle Rechte vorbehalten

UPR, 26-28 rue Basfroi, 75011 Paris, FRANCE — www.upr.fr

In einem Kongress am 25. März 2007 – dem 50. Jahrestag des Vertrags von Rom – trafen sich Franzosen aller Altersgruppen und unterschiedlichster sozialer Herkunft mit dem Ziel, die Republikanische Volksunion (Fr. Union Populaire Républicaine – UPR) zu gründen, um die Unabhängigkeit Frankreichs, die Freiheit seines Volkes und seine historische Rolle als Sprecher für die Freiheit der Völker und der Nationen weltweit wieder herzustellen.

Die Gründungsmitglieder sind dazu verpflichtet, diese Charta, welche die spezifischen Analysen und das Programm der UPR vorstellt, weiterzu-entwickeln. Jedes Mitglied der UPR ist angehalten, dieses Dokument zu lesen, die Analysen und deren Schlussfolgerungen zu teilen, und ihre Richtlinien umzusetzen.

1. Die Analyse der Situation in Frankreich ist die folgende: Europa ist das Problem, nicht die Lösung

Die Republikanische Volksunion unterscheidet sich von allen existierenden politischen Bewegungen um zwei wesentliche Punkte:

- Zum einen in der Analyse der Situation Frankreichs,
- Zum anderen in der Wahl der Mittel, um unser Land aus der gravierenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise, in der es immer tiefer hinein sinkt, herauszuziehen.

Sicher ist das europäische Konstrukt nicht die einzige Ursache für alle Probleme unseres Landes, aber mit Sicherheit ist es die Hauptursache. Weit davon entfernt, die Lösung dieser Probleme zu sein, wie wir seit dem letzten halben Jahrhundert zu glauben aufgefordert sind, ist die europäische Konstruktion ganz im Gegenteil der Ursprung davon. Denn diese stellt die französische Nation unter eine ausländische Vormundschaft, die ihre demokratischen Entscheidungen sinnlos und wertlos werden lässt, ihre Zukunft ungerechterweise verbaut, den Umfang ihrer Interessen willkürlich festsetzt, und sie auf unbestimmte Zeit und unbegründet in Verachtung vor sich selbst und in Verzweiflung stürzt.

Die UPR ist eine Partei des 21. Jahrhunderts die sich bewusst ist was wirklich in Frankreich und weltweit geschieht

Durch die Vielfalt an Herkunft, Alter, Bildung und Beruf ihrer Führer und ihrer Aktivisten, ist die UPR keine ignorante oder nostalgische Partei. Vielmehr ist sie eine im 21. Jahrhundert geborene Partei, die über einen sicheren Umgang mit der Technologie ihrer Zeit verfügt, die dem, was anderswo in der Welt passiert aufmerksam folgt, die der Komplexität der internationalen Probleme, dem Gewicht der wirtschaftlichen Herausforderungen, der allgemeinen Entwicklung der Welt und der Mentalität, und der alten Tradition der Offenheit und des weltweiten Einflusses unseres Landes sich voll und ganz bewusst ist.

Die meisten politischen Parteien entwickeln die Idee, dass die Probleme Frankreichs der Verzögerung bei der Annahme "notwendiger Reformen" zurückzuführen wären, deren zögerliche Annahme auf die Langsamkeit der Franzosen, sich in Einklang mit den anderen Ländern der Welt zu bringen, zurückzuführen seien. Diese an unsere Bürger gerichtete quälende Schuld wird gepflegt, ohne dass diese politischen Bewegungen eine ernsthafte, umfassende Analyse ohne ideologische Voreingenommenheit dessen durchführen, was die wirklichen Gründe der Erfolge und Misserfolge der anderen Länder sind. Ganz anders ist der Ansatz der UPR, deren Analyse auf einer gründlichen und kompromisslosen Untersuchung dessen beruht, was anderswo auf dem Planeten – nicht nur in einigen europäischen Ländern oder den USA – passiert.

Genauere Analysen, die die konventionellen Ansichten umwälzt

Die UPR ist zum Beispiel die einzige politische Partei in Frankreich:

- die berücksichtigt, dass der Prozess des Aufbaus eines festländischen politischen Konstruktes, versehen mit einer supranationalen Regierung, wie der Europäischen Kommission, nirgendwo sonst in der Welt nachgeahmt wird, wo ganz im Gegenteil das Prinzip des Nationalstaates triumphiert;

- die anerkennt, dass es in Anbetracht aller vorhandenen globalen Statistiken keine Korrelation zwischen der Größe eines Staates und dem Lebensstandard seiner Bevölkerung gibt; es aber eine Korrelation zwischen Patriotismus und Wirtschaftswachstum zu geben scheint;
- die betont, dass Unternehmen in Europa zunehmend Allianzen mit anderen Unternehmen weltweit knüpfen, insbesondere in Asien, um besser mit Unternehmen aus anderen europäischen Ländern zu konkurrieren. Dieser Trend des Wirtschaftslebens beweist die Falschheit des ganzen Argumentes, nach welchem die europäische Integration eine Wirtschafts- und Industriepolitik sei, die uns erlauben würde, "Europameister" auf die Beine zu stellen¹;
- die sorgfältig die Entscheidungsfindung innerhalb der Organe der Gemeinschaft, die Marginalisierung von Frankreich, und die beträchtliche Rolle, die die amerikanische Einmischung spielt, aufklärt;
- die unsere Bürgerinnen und Bürger über die wachsenden Nettokosten der europäischen Konstruktion, die die französischen öffentlichen Finanzen belasten, informiert;
- die mit statistischen Vergleichen zeigt, dass Frankreich nicht in der schwierigen finanziellen Situation steht, die uns stets vorgegaukelt wird;
- die zeigt, dass viele Länder der Welt, angefangen mit Japan und den Vereinigten Staaten, die Maastricht-Kriterien, die uns jedoch als Muss für eine solide wirtschaftliche und finanzielle Verwaltung präsentiert werden, nicht erfüllen;
- die ausführt, dass wenn ein Land in der Gefahr eines Bankrottes ist, dann dies die Vereinigten Staaten von Amerika sind, in denen alle wirtschaftlichen Akteure (Bund, Länder, Unternehmen und Haushalte) weit höher verschuldetet als ihre französischen Pendants sind².

Die UPR ist sich über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme bewußt, und unterstützt sowohl die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit und nach industrieller, wissenschaftlicher und kommerzieller Dynamik, als auch den Anspruch der Franzosen, ihr soziales System und ihr Gesellschaftsleben selbst zu bestimmen.

Die UPR sagt aber außerdem, dass die gravierenden Probleme Frankreichs nicht dauerhaft gelöst werden können, solange die Politik des Landes nicht die Zustimmung der Franzosen erhält. Eine solche Zustimmung kann aber nicht von unseren Bürgerinnen und Bürger erlangt werden, wenn die über sie ausgeübte Macht nicht ausschließlich von einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Nation durch echte demokratische Entscheidungen kommt. Denn Frankreich läßt sich nicht lange gegen sein Volk regieren.

Die Blockade der französischen Situation ergibt sich aus der unsäglichen - und uneinge-standenen - ausländischen Bevormundung des französischen Volkes

Mehr als 1500 Jahre Geschichte lehren uns, worauf die UPR ausdrücklich hinweist, dass das französische Volk nie eine Kraft ausländischer Herkunft, oder eine Kraft, deren Legitimität es nicht anerkennt, über sich duldet.

Unabhängig davon wie die attraktive, futuristische, utopische oder verwässerte angestrebte Präsentation der Europäischen Union ist, ist es unbestreitbar, dass aufgrund des Fehlens eines europäischen Volkes, die EU genau die Funktion hat, die Franzosen einer fremden, oligarchieartigen und nicht gewählten Macht zu unterwerfen, deren Legitimität sie niemals anerkennen werden. Die ganze Geschichte Frankreichs lehrt uns, dass diese Unterwerfung nur vorübergehend bestehen kann. Sie ist auf lange Sicht nicht haltbar.

Auch wenn die Franzosen manchmal den Eindruck geben mögen, die „europäische Konstruktion“ zu dulden, insbesondere in der Volksabstimmung über den gerade-so-verabschiedeten Vertrag von Maastricht, wurde diese scheinbare Zustimmung doch nicht anders als durch mehr als fragwürdige Bedingungen gewonnen, nämlich durch einen massiven psychologischen Druck, der unseren Bürgern mit den schlimmsten Folgen im Fall einer Ablehnung drohte. Noch nie wurden die Franzosen vor den negativen aber sehr realen Folgen ehrlich und aufrichtig gewarnt, die eine massive Übertragung der Souveränität, welcher auf die schnelle zugestimmt werden musste, als ob es sich um eine Kleinigkeit handelte, mit sich bringen würde. Zum Beispiel wurden unsere Landsleute nie auf die dazu erforderliche ausdrückliche und feierliche Weise davor gewarnt, dass die großen strategischen Entscheidungen über die Zukunft von Frankreich in der Außenpolitik und Landesverteidigung, im Sozial-, Wirtschafts-, Währungs-, und Umweltwesen fortan nicht mehr auf ihre Zustimmung angewiesen sind. Und dass selbst wenn sie sich als schädlich erweisen (wie wir es heute tatsächlich sehen), würden diese vorrangigen Entscheidungen ständig von außen oktroyiert,

von einem Team eines absurden Gespanns, das bald aus 30 Staaten bestehen wird, wo einerseits der Einfluss von Frankreich an den Rand gedrängt wird, und wo andererseits die Vereinigten Staaten von Amerika mittels ihrer Lakaien jetzt überwältigend vertreten sind.

Überwältigt von einer unablässigen Propaganda wurden sie aufgefordert zu glauben, dass die "europäische Konstruktion" zugleich ein Friedenswerk, eine historische Unvermeidlichkeit, eine politische Notwendigkeit, die Lösung einer wirtschaftlichen Notlage, ein sozialer Aufstieg, und eine moralische Forderung sei. Die Franzosen konnten sich schließlich gar nicht mehr vorstellen, dies genauer zu analysieren, zu widersprechen, oder gar abzulehnen.

Zugleich haben sich die Franzosen nie vorgestellt, dass ihre Volksvertreter keine strategischen Entscheidungen zu Gunsten Frankreichs mehr treffen würden. In ähnlicher Weise ist ihnen die Möglichkeit unvorstellbar, dass die anderen 26 Staaten, mit denen sie widerwillig verheiratet worden sind, eine Mehrheit bilden würden, die dem französischen Volk Entscheidungen auferlegt, die es jedoch ablehnt.

Das Ergebnis dieser Widersprüche ist eine Verwirrung der Geister, die immer schlimmer wird, da es den Franzosen bewusst wird, dass die seit so vielen Jahren angekündigten verlockenden Versprechungen sich in das genaue Gegenteil gewandelt haben:

– ihnen wurde zugesichert, dass „Europa Frieden sei“. Aber nun stellen sie fest, dass Europa Frankreich in kriegerische Koalitionen unter dem Kommando der USA reinziehen will. Diese Kriege verstoßen gegen das internationale Recht, wie zum Beispiel im Irak.

– „Der Euro bedeutet mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze“? Aber die Euro-Zone hat nach wie vor die „rote Laterne“ des Wachstums und der Beschäftigung.

– „Europa ist Wohlstand“? Aber die Kaufkraft stagniert oder nimmt gar ab, und Zukunftsaussichten sahen noch nie so düster aus wie heute.

– „Europa wird uns ermöglichen, die Industrie-Champions auf die Beine zu stellen, die gegen die Vereinigten Staaten und China kämpfen können“? Aber die Europäische Kommission verhindert jegliche Schutzmaßnahme, wie diejenige die die USA oder China ungeniert anwenden. Sie fördert den Aufkauf der Stahlindustrie durch indische Interessen, sie findet es normal und fördert sogar die Verlagerung und Vernichtung ganzer Bereiche unserer Industrie, wie das Textil-, das Möbel-, das Spielzeug-, das Glasverarbeitungswesen, usw.

– „Europa bedeutet mehr soziale Garantien“? Aber die Europäische Kommission ist der Auffassung, dass die Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigen Lohnkosten wohltuend sei, und bestreitet jegliche soziale und steuerliche Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union, zugunsten des schamlosesten Sozial- und Steuerdumping.

– „Europa bedeutet eine bessere Steuerung der Migrationsströme“? Aber das Schengen-Abkommen hat im Gegenteil alle Grenzkontrollen abgeschafft und verwandelt unser Land in ein Sieb, wodurch Menschen und Güter gänzlich unkontrolliert kommen und gehen.

– „Europa unterstützt unsere Landwirtschaft“? Aber Brüssel hat das Beinaheverschwinden unserer traditionellen Landwirtschaft programmiert.

– usw.

(1) Wenn sie manchmal in Betracht gezogen werden, werden Zusammenschlüsse von europäischen Unternehmen auch häufig von der Europäischen Kommission im Namen des Kampfes gegen die Monopole blockiert.

(2) Das amerikanische Volk, für das wir Dankbarkeit und Freundschaft empfinden, ist auch ein Opfer dieser Situation.

Ein gewaltiges Missverständnis steht im Mittelpunkt der politischen Krise in Frankreich

Zusammenfassend verbietet eine unaufhörliche Propaganda eine kritische Einschätzung der europäischen Konstruktion, und prangert jegliche Infragestellung als Ketzerei an. Aber die immer katastrophaleren Ergebnisse in allen Bereichen hindern nun zweifellos daran, sich damit zufrieden zu stellen.

So entstand im Laufe der Jahrzehnte ein riesiges Missverständnis. Von den rechts- bis zu den linksextremen Parteien, gibt es keinen einzigen Politiker, der es wagt, sich gegen das Prinzip der europäischen Integration zu erheben. Auf dem gesamten politischen Spektrum, gibt es in ähnlicher Weise keinen einzigen Politiker, der sich für Europa erklärt, so wie sie besteht. Dies zeigte sich Mai 2005, während der Kampagne für das Referendum über die europäische Verfassung besonders deutlich. Denn während die Anhänger des „Nein“ ihre Ablehnung von Europa, so wie es heute besteht, ausdrücklich zeigten, zeigten implizit die Befürworter des „Ja“ die gleiche Ablehnung, denn

das vorgebrachte Argument war, dass diese Verfassung die notwendigen Änderungen endlich mit sich bringen würde („Stimmen Sie Ja zu einem Europa, das funktioniert“, „Ja zum sozialen Europa“, usw.).

Alles in allem, erklären sich alle politischen französischen Führer für das Prinzip der europäischen Integration und gegen die Art und Weise, wie sie sich derzeit entwickelt.

Um diesen Widerspruch aufzulösen zu versuchen, äußert sich jeder unverändert für „ein anderes Europa“, und den immer weniger leichtgläubigen Wählern versprechen sie, dass „ein anderes Europa“ irgendwie ein größeres Frankreich sei.

Keiner aber weist darauf hin, dass diese verführerische Perspektive nur ein Wunschdenken ist, das ohne Wirkung bleiben wird. Denn es ist weder zufällig noch aus Versehen, dass Europa so ist wie es ist. Dies liegt daran, dass es das Ergebnis von 27 antagonistischen nationalen Interessen ist, und dass Frankreich, jetzt nur noch von einem Kommissar von 27 vertreten ist (3,7%). Frankreich ist, in einem Kreis, in dem die von den Vereinigten Staaten kontrollierten Länder stark vorherrschend sind einfach nicht mehr in der Lage, seinen Standpunkt, seine Werte und seine Interessen durchzusetzen.

Die UPR glaubt, dass der Knackpunkt der französischen Situation gerade an dieser weit verbreiteten politischen Schizophrenie liegt. Weil die gesamten französischen politischen Parteien es nicht wollen, oder es nicht wagen, die Diagnose und die notwendige pauschale Ablehnung der europäischen Konstruktion zu vollbringen, können sie der Öffentlichkeit und den Medien nichts anders als einen verwirrten Eindruck katastrophaler Folgen für die Demokratie geben: Europa zu kritisieren, um eigentlich das Prinzip zu unterstützen, während sie – um seine Ergebnisse attraktiver für die Franzosen zu machen – keinen Vorschlag machen können, der die Zustimmung der anderen 26 Mitgliedstaaten erhalten kann.

Infolgedessen ist das gesamte französische politische Spektrum inkonsistent und hat jegliches Mobilisierungsvermögen verloren, so dass der Weg offen für alle Formen des Extremismus ist. Es ist daher wichtig, die französische politische Situation durch die Schaffung einer politischen Partei aufzuklären, deren höchstes Ziel ist, das Missverständnis auszuräumen.

Zusammenfassend verbietet eine unaufhörliche Propaganda eine kritische Einschätzung der europäischen Konstruktion, und prangert jegliche Infragestellung als Ketzerei an. Aber die immer katastrophaleren Ergebnisse in allen Bereichen hindern nun zweifellos daran, sich damit zufrieden zu stellen.

So entstand im Laufe der Jahrzehnte ein riesiges Missverständnis. Von den rechts- bis zu den linksextremen Parteien, gibt es keinen einzigen Politiker, der es wagt, sich gegen das Prinzip der europäischen Integration zu erheben. Auf dem gesamten politischen Spektrum, gibt es in ähnlicher Weise keinen einzigen Politiker, der sich für Europa erklärt, so wie sie besteht. Dies zeigte sich Mai 2005, während der Kampagne für das Referendum über die europäische Verfassung besonders deutlich. Denn während die Anhänger des „Nein“ ihre Ablehnung von Europa, so wie es heute besteht, ausdrücklich zeigten, zeigten implizit die Befürworter des „Ja“ die gleiche Ablehnung, denn das vorgebrachte Argument war, dass diese Verfassung die notwendigen Änderungen endlich mit sich bringen würde („Stimmen Sie Ja zu einem Europa, das funktioniert“, „Ja zum sozialen Europa“, usw.).

Alles in allem, erklären sich alle politischen französischen Führer für das Prinzip der europäischen Integration und gegen die Art und Weise, wie sie sich derzeit entwickelt.

Um diesen Widerspruch aufzulösen zu versuchen, äußert sich jeder unverändert für „ein anderes Europa“, und den immer weniger leichtgläubigen Wählern versprechen sie, dass „ein anderes Europa“ irgendwie ein größeres Frankreich sei.

Keiner aber weist darauf hin, dass diese verführerische Perspektive nur ein Wunschdenken ist, das ohne Wirkung bleiben wird. Denn es ist weder zufällig noch aus Versehen, dass Europa so ist wie es ist. Dies liegt daran, dass es das Ergebnis von 27 antagonistischen nationalen Interessen ist, und dass Frankreich, jetzt nur noch von einem Kommissar von 27 vertreten ist (3,7%). Frankreich ist, in einem Kreis, in dem die von den Vereinigten Staaten kontrollierten Länder stark vorherrschend sind einfach nicht mehr in der Lage, seinen Standpunkt, seine Werte und seine Interessen durchzusetzen.

Die UPR glaubt, dass der Knackpunkt der französischen Situation gerade an dieser weit verbreiteten politischen Schizophrenie liegt. Weil die gesamten französischen politischen Parteien es nicht wollen, oder es nicht wagen, die Diagnose und die notwendige pauschale Ablehnung der europäischen Konstruktion zu vollbringen, können sie der Öffentlichkeit und den Medien nichts anders als einen verwirrten Eindruck katastrophaler Folgen für die Demokratie geben: Europa zu kritisieren,

um eigentlich das Prinzip zu unterstützen, während sie – um seine Ergebnisse attraktiver für die Franzosen zu machen – keinen Vorschlag machen können, der die Zustimmung der anderen 26 Mitgliedstaaten erhalten kann.

Infolgedessen ist das gesamte französische politische Spektrum inkonsistent und hat jegliches Mobilisierungsvermögen verloren, so dass der Weg offen für alle Formen des Extremismus ist. Es ist daher wichtig, die französische politische Situation durch die Schaffung einer politischen Partei aufzuklären, deren höchstes Ziel ist, das Missverständnis auszuräumen.

2. Die Aufrichtung der Nation wird es ohne den Ausstieg der Europäischen Union nicht geben

Weit davon entfernt, ein vielversprechendes Friedensvorhaben zu sein, ist die Zwangsvereinigung des europäischen Festlandes in jeder Hinsicht und mit jeder Versprechung auch immer eine verhängnisvolle Utopie, die Frankreich und die europäischen Länder zwangsläufig zu einer politisch und wirtschaftlich ineffizienten, sozial inakzeptablen, diplomatisch kriegstreiberischen, soziologisch absurden und kulturell unmenschlichen diktatorischen Struktur führt.

Nur die Unabhängigkeit Frankreichs und die Souveränität des französischen Volkes können den Wohlstand und das ordnungsgemäße Funktionieren der Demokratie unseres Landes, seinen Einfluss in der Welt, seinen Beitrag zu Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern unabhängig von der geografischen Lage oder der religiösen Zugehörigkeit gewährleisten.

Das Ende der Mehrdeutigkeiten

Einer der Hauptgründe für die Gründung der UPR liegt in der Tatsache, dass alle politischen Bewegungen, die die Verteidigung der nationalen Souveränität vertreten, mehrdeutige Programme zeigen:

– Einerseits machen sie die Souveränität zu einer Frage unter vielen. Die europäische Frage hinter vielen anderen Themen zu verstecken, bedeutet die Zentralität, die spezifische Besonderheit und die kritische Notwendigkeit der Wiederherstellung unserer nationalen Souveränität aus den Augen zu verlieren.

– Andererseits glauben sie an den Mythos der beliebig änderbaren europäischen Konstruktion. Sie erklären sich für ein „anderes Europa“, auch wenn sie schlichtweg unfähig dazu wären zu erklären, was ein „Europa der Nationen“ ist, bzw. wie es auszusehen habe und welches Wunder die Europäische Kommission und die anderen 26 Mitgliedstaaten zusammenbringen könnte³.

Davon ausgegangen, dass diese Mehrdeutigkeiten die Grundursache der Ausgrenzung einer in unserem Land jedoch weit verbreiteten Meinungsbewegung sind, hat die UPR die Leitlinie festgelegt, in einer ruhigen, demokratischen und unkomplizierten Weise den Franzosen ein klares und sauberes Programm anzubieten.

Dieses Programm zielt darauf ab, Frankreich aus der europäischen „Union“ herauszuziehen, und jede neue Art von Vorhaben der europäischen Integration, der Verdünnung europäischer Länder durch Neuaufnahmen oder der Einschränkung der Freiheit der Franzosen, in welcher Form auch immer, abzulehnen.

In der Praxis ist die UPR die einzige politische Bewegung, die dieses Ziel verfolgt – und dieses in ihr Programm aufnimmt, so dass es möglich ist, Frankreich auf der Grundlage von drei Hauptrichtungen wieder aufzurichten

1) alle EU-Verträge zu kündigen, einschließlich des Vertrags von Rom⁴,

2) das Konzept des "europäischen Konstruktes" abzulehnen, mit seinen endlosen Versprechungen eines "anderen Europa"⁵,

3) Festschreibung des Verbotes jeglicher Delegation von Souveränität in der französischen Verfassung, Stattdessen Regelung der Beziehungen zu anderen Staaten durch eine begrenzte Anzahl internationaler Verträge von sehr präzisen, in ihrer Dauer und ihrem Umfang beschränkten Formulierungen. Diese Verträge basieren auf Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung der Staaten.

Die UPR denkt, dass die Klarheit dieses Programms und seine enorme befreiende Wirkung es ermöglicht mit den Mehrdeutigkeiten und dem wiederholten Scheitern des heuchlerischen "Souveränismus"⁶ aufzuräumen, und jene große politische Umwälzung auszulösen, die sich die Franzosen wünschen, ohne, dass es ihnen vollkommen bewusst ist.

Aufbauend auf 1500 Jahre nationaler Geschichte, weiß die UPR, dass die Frage der nationalen Souveränität erst abgeschlossen werden muss, bevor die Autorität des Staates wiederhergestellt werden kann, damit er ein wirksames Programm zur Wirtschaftsentwicklung realisieren kann. Dieses muss im Einklang mit den kulturellen und sozialen Werten der französischen Republik Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschehen.

(3) Die Verwendung von „Gaullismus“ (vom Fr. „gaullisme“) um diese Fiktion aufrechtzuerhalten, ist bestenfalls ein Anachronismus, im schlimmsten Fall eine Manipulation. Wiederholt von den Medien, dem MRP und den atlantischen Lobbys kritisiert, hatte zwar Charles de Gaulle, fast ein halbes Jahrhundert zurück, ein semantisches Zugeständnis angenommen, indem er von einem „Europa der Staaten“ sprach; an dessen Definition er sich übrigens vergeblich versuchte. Es war aber in einem ganz anderen Zusammenhang: das Europa der Sechs, als Frankreich das Ganze noch dominierte. Außerdem, jedes Mal, wo die nationale Souveränität im Spiel war, entschied sich Charles de Gaulle selbstverständlich zu seinen Gunsten.

(4) Das Prinzip des Herkunftslandes, das von der Bolkestein-Richtlinie umgesetzt wird, ist dem Vertrag von Rom zurückzuführen; genau wie die strategisch verheerende Abwesenheit von Frankreich am Verhandlungstisch der WTO, wo wir von einem EU-Kommissar vertreten werden. Es ist irreführend, den Franzosen zu versprechen, dass wir gegen die Produktionsverlagerung oder gegen das Dumping von Ländern mit sehr niedrigen Lohnkosten werden kämpfen können, während wir bei einer Runde abwesend sind, in der sogar auch Mikro-Staaten ihre nationalen Interessen nachdrücklich und erfolgreich verteidigen.

(5) Ein halbes Jahrhundert hat nun bewiesen, dass alle Projekte eines „anderen Europa“, eines „Europa der Völker“, eines „Europa der Nationen“, ein „soziales Europa“, eines „unabhängigen Europa“, eines „Bundes-Europa“, eines „europäischen Europa“, eines „Europa-dieses“ und „Europa-jenes“ nur billige Worthülsen sind, die kaschieren sollen, was in Wahrheit ein Vorgang der sorgfältig gestalteten Unterwerfung Frankreichs ist. Dies ist ein politischer Vorgang, den keine historische Unvermeidlichkeit auferlegt.

Ein Programm der nationalen Befreiung, das die Links-Rechts-Spaltung überwinde

Das Programm der UPR ist im Grunde nichts anderes als ein Programm der nationalen Befreiung. Es ignoriert deshalb bewusst und logischerweise die Links-Rechts-Spaltung.

Die UPR postuliert nicht, dass jene Links-Rechts-Spaltung nicht existiere. Sie sagt vielmehr, dass diese Spaltung, wie jedes Mal, wenn Frankreich in Gefahr ist, aufgrund der Dringlichkeit der Situation vorübergehend beiseite gelegt werden muss. Es gibt daher unter den Mitgliedern der UPR, Männer und Frauen aus allen politischen Richtungen, welche wahrscheinlich in Bezug auf wirtschaftliche, soziale oder gesellschaftliche Fragen nicht einer Meinung sind. Aber alle sind sich darin einig, dass es sinnlos ist, diese Fragen zu diskutieren, solange die strategisch relevantesten Entscheidungen über die Köpfe der Franzosen hinweg getroffen worden sind. Was bringt es zum Beispiel endlos über die Besteuerung, den Kampf gegen die Produktionsverlagerung, die Finanzierung der Renten, die Zuwanderung, die Umwelt usw. zu debattieren, oder sich sogar zu bekriegen, während die Entscheidungsfreiheit in den wichtigen strategischen Bereichen den Franzosen genommen wurde. Diese Entscheidungen stattdessen bereits von den nicht gewählten Führern der EZB und den ebenfalls nicht gewählten EU-Kommissaren getroffen worden sind?

Die UPR ist sich bewusst, dass die Verbreitung der Diskussion über ein „anderes Europa“, eine von den Anhängern der europäischen Integration inszenierte Scheindebatte ist, um die Franzosen davon abzulenken, sich die einzig relevante Frage zu stellen: wer hat die Macht zu entscheiden?

Daraus folgt, dass die UPR die Partei ist, die sich dafür entschieden hat, sich nicht in belanglosen Debatten verstricken zu lassen, wenn das Wichtigste auf dem Spiel steht. Die Mitglieder der UPR bleiben deswegen frei, sich – außerhalb der Organe der Bewegung – zugunsten dieser oder jener anderen wirtschaftlichen, steuerlichen oder sozialen Lösung, dieser oder jener Philosophie bzgl. sozialer Fragen, zu äußern. Aber um im Einklang mit dieser Charta zu bleiben, verpflichten sie sich ständig danach zu suchen, zu identifizieren und zu erklären, was die französischen oder ausländischen Organe sind, die die Entscheidungen über die von ihnen abgedeckte Themen treffen, und was die Möglichkeiten sind, für sich selbst und für ihre Mitglieder, diese Fragen zu beeinflussen. Darüber hinaus erklären sich die Mitglieder der UPR damit einverstanden, dass die UPR nicht der Ort ist, wo diese belanglosen Probleme angegangen werden dürfen, außer zum Zweck der Demonstration der Ohnmacht der nationalen Instanzen. Sie achten darauf, keine schädlichen und unnötigen Unstimmigkeiten einzuführen.

3. Fazit: ein Kampf um die Würde des Menschen

Die Meinungsfreiheit, die den Mitgliedern der UPR über sehr viele Themen überlassen bleibt, wird jedoch durch die Notwendigkeit für die Bewegung, seine Dynamik und seine Kollegialität zu behalten, und durch das ethische Prinzip, niemanden aufgrund seiner religiösen Überzeugungen oder seiner Herkunft o. ä. anzugreifen, eingeschränkt.

Die UPR macht den fundamentalen Unterschied zwischen der Nation und dem Patriotismus auf der einen Seite, dem Nationalismus auf der anderen. In Anlehnung an die berühmten Worte des Jaurès, dass "die Heimat das einzige Gut derjenigen ist, die nichts haben", betont die UPR die Tatsache, dass das Land und die Nation die einzigen Instanzen sind, wo die echte Demokratie und die Solidarität zwischen den Generationen und den sozialen Schichten ausgeübt werden können.

Berücksichtigt man ferner den Satz von Charles de Gaulle, der Alain Peyrefitte erklärte, dass "wir keine Nationalisten sind, wir sind Nationale", betont die UPR die Tatsache, dass die meisten Konflikte nicht aus den Nationen heraus entstanden sind, sondern aus dem Willen der einen jenseits ihres nationalen Rahmens hinauszuwachsen, um ein Reich zu werden und die unterworfenen Nationen dazu zu zwingen, ihre Werte anzunehmen.

Die UPR proklamiert die Liebe zu ihrem Land und ihre Ablehnung des Nationalismus. Sie lehnt selbstverständlich jegliche Form von Extremismus, Rassismus und Kommunitarismus ab, und verkündet, sein Engagement für religiöse Neutralität⁷ und für die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, am 10. Dezember 1948 durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Diese Erklärung und der Artikel 1 des UN-Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung als unveräußerliches Prinzip festlegt, sind für das Programm der Republikanischen Volksunion / UPR die höchste moralische Grundlage, welche, den Franzosen ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung zurückerobert will, und gebietet, sie gegen jegliche Art von Unterwerfung ob freiwillig oder unfreiwillig zu verteidigen,.

In dieser globalen Perspektive, verkündet die UPR feierlich, dass im 21. Jahrhundert, das Zeitalter des Triumphes des Handels und der Kommunikation in der ganzen Welt, die Organisation der Vereinten Nationen die einzige legitime internationale Instanz mehr denn je ist, dessen oberstes ethisches Prinzip ist, alle Völker und Nationen vollkommen gleich zu behandeln. Die Idee freiwillig oder unfreiwillig, ein europäisches oder ein euro-atlantisches Reich aufzubauen, das einige Nationen ein- und alle anderen ausschließen würde, ist ein tragischer Fehler und eine große historische Fehlinterpretationen, deren Auswirkungen auf den Weltfrieden gewaltig sein werden.

Deshalb ist die UPR bemüht internationale Kooperationen aller Art mit allen Nationen der Welt zu fördern, ohne irgendeine moralisch und ethisch verwerfliche Unterscheidung auf der Grundlage ihrer Mitgliedschaft zum europäischen Festland. Die UPR erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Definitionen der Kontinente bloße geographische Konventionen sind, die mit den Affinitäten und den Austausch zwischen den Staaten der Welt nicht übereinstimmen.

Die UPR strebt weiterhin an, die Frankophonie zu vertiefen und als wichtiges Zentrum des zivilisatorischen Gleichgewichts zur Aufrechterhaltung der Vielfalt der Weltkulturen zu entwickeln. Deshalb will die UPR auch das Prinzip der Nicht-Übertragbarkeit der ständigen Mitgliedschaft von Frankreich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einem Vetorecht in die französische Verfassung hineinschreiben. Dies wird nicht nur erlauben, die Rolle Frankreichs in der Welt zu bewahren, sondern auch sicherzustellen, dass die frankophone Welt einen wichtigen Platz in der Völkergemeinschaft besitzt.

Die UPR verkündet schließlich, dass ein Fortschritt für die Franzosen weder möglich noch annehmbar ist, wenn er den Idealen der Republik – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – nicht entspricht, und wenn er mit religiöser Neutralität, Humanismus, Respekt für kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit und mit der Ablehnung des Kommunitarismus nicht vereinbar ist.

Die UPR möchte auch betonen, dass diese Werte Frankreich zu einer weltweiten Referenz für all diejenigen gemacht hat, die die Verdinglichung der Welt und die Verringerung der Menschen zu bloßen ökonomischen Variablen ablehnen. Daher erklärt sich die UPR dafür, dass sich Frankreich aus der verhängnisvollen Utopie des Europäischen Reiches herauszieht und für eine humanistische Vorstellung des sozialen Lebens und für die Freiheit, die Emanzipierung und die Würde jedes Menschen auf der Erde kämpft.

Zu Beginn dieses dritten Jahrtausends, gibt es kein wichtigeres Thema.